

22./II. 1916.

Abgeordnetenhaus.

auch diese Handwerkerzweige über Wasser gehalten werden. Die Mißstimmung gegen die Bäcker und Fleischer vor allem bei den Frauen ist unberechtigt. Die Fleischer sind in den Händen der Viehkommissionäre und stehen unter den Höchstpreisen, und die Bäcker backen doch ein wahrhaft schmachtendes Kriegsbrot. Beide Handwerkerzweige haben ungeheure Verluste erlitten. Also keine über-eilten Vorwürfe! (Zustimmung.) Man sollte erwägen, ob man die Lehrlingsausbildung nicht nach dem badi'schen Vorbild durch Staats-beihilfen an Handwerksmeister fördern sollte. Bei Quedlinburg hat ein Lagerkommandant einem Lieferungsverband die Brotlieferung entzogen und sie einer Brotfabrik übertragen. Wie für die Arbeiter, so sollten wir auch alle ausnahmslos für die Handwerker eintreten. Die Häuterverwertungsgenossenschaft des Regierungsbezirks Oepeln beschwert sich über eine falsche qualitative Klassifizierung ihrer Häute. Dem sozialdemokratischen Antrag auf Unterstützung auch der kriegsbeschädigten Arbeiter stimmen wir zu.

Die sogenannten Kriegs-Bezugsvereinigungen könnten großen Nutzen stiften. Sie verdienen die Förderung der Regierung. Die kleinen Gewerbetreibenden und Kleinkaufleute sind mit Recht erbittert über den ungerechten Vorwurf des Wuchers, der ihnen von einem Teil der Presse und des Publikums gemacht worden ist. Tatsächlich mußten die Kleinkaufleute hier nur dafür büßen, daß die Fabrikanten und Großhändler die Preise über Gebühr erhöht hatten. Dem Kleinkaufmann bleibt jetzt ein so geringer Verdienst, daß er kaum existieren kann. Der „Wucher mit Gemüse“ ist viel besprochen worden. In Wirklichkeit lag die Sache so, daß z. B. dem Erzeuger ein Preis von 2,50 M. für Weißkohl vorgeschrieben war, während die Großhändler Preise von 6 M. und 7,50 M. nahmen. Dem Kleinhändler wurde aber nachher der Vorwurf des Wuchers gemacht. In den Berliner Marktberichten wurden viel zu niedrige Preise notiert. Das lag daran, daß dem Berliner Statistischen Amt falsche Preisangaben von der Konsumgenossenschaft Groß-Berlin gemacht worden waren. Der Gewerbetreibende hat große Verluste, aber der Berliner Straßenhandel kann italienische Apfelsinen feilbieten. Der Krieg hat bewiesen, daß der Kleinhändler ein unentbehrlicher Faktor in unserem Wirtschaftsleben ist. Darum muß auch für ihn gesorgt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Grunenberg (Ztr.): Dem sozialdemokratischen Antrag, der auf die Arbeiter die im Kommissionsantrag verlangte Kriegsverletztenfürsorge ausdehnen will, stimmen auch wir zu. Wir begrüßen es, daß die Regierung schon gute Einrichtungen zu dieser Fürsorge geschaffen hat. In erster Linie sollten die Kriegsverletzten in den Berufen untergebracht werden, die sie vorher ausgeübt haben. Bei den Heereslieferungen, die dem Handwerk übertragen worden sind, ist bei der Festsetzung der Preise und Lieferungsbedingungen nicht immer genügend Rücksicht auf die praktischen Bedürfnisse genommen worden. Hoffentlich wird durch die Lieferungsverbände manche Besserung in diesen Fragen erzielt werden. (Beifall.)

Abg. Fürbringer (ntsb.): Mit dem Zentrumsantrag, der die Kriegsbeschädigtenfürsorge ergänzen will, sind wir einverstanden. Der sozialdemokratische Antrag fällt eigentlich aus dem Rahmen der jetzigen Besprechung heraus. Wir verhandeln die Arbeiterfragen nicht besonders, weil die Forderung uns allen schon in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß die aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter mindestens wieder dieselbe wirtschaftliche Stellung haben müssen, wie vor dem Kriege. Wir haben aber keine Bedenken, auch diesen Antrag anzunehmen. In den Schulen sollte den Jungen gesagt werden, daß das Handwerk immer noch einen goldenen Boden hat. (Sehr richtig!) Auch durch die obligatorische Einführung des Handfertigkeitsunterrichts in die Schulen könnte dazu beigetragen werden, dem Handwerk mehr Lehrlinge zuzuführen. Die Lieferungsverbände und Handwerksgenossenschaften sind eine sehr gesunde und notwendige Ergänzung der Innungsorganisation des Handwerks, die auch nach dem Kriege Segen stiften kann. Es ist damit ein schöner Anfang gemacht, der hoffentlich dazu führt, daß auch später dem Handwerk Lieferungen ohne Submission übertragen werden. Vorschüsse aus öffentlichen Mitteln, wie sie ein Zentrumsantrag für solche Lieferungsverbände verlangt, könnten natürlich nur von den Behörden gezahlt werden, die als Besteller beim Lieferungsverband auftreten. Nur in diesem Sinne wären wir mit dem Antrag einverstanden. Die vollständige Aufhebung der Submissionen wird ja jetzt auch nicht verlangt werden. Die Worte Hindenburgs, das Handwerk muß vor dem Zusammenbruch bewahrt werden, dieses Wort wollen wir auch zu dem unsern machen. (Beifall.)

Ein Regierungskommissar weist gegenüber einer Bemerkung des Abg. Hammer (kons.) darauf hin, daß die einzelnen Ministerien während des Krieges sich bemüht hätten, durch staatliche Aufträge das Bauhandwerk zu fördern.

Das Haus vertagt die Fortsetzung der Debatte auf Dienstag 11 Uhr.

Schluß nach 5 Uhr.